

"Steuern die Finanzen die Verteidigungsfähigkeit unserer Armee?"

Autor(en): **Seiler, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **174 (2008)**

Heft 05

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Steuern die Finanzen die Verteidigungsfähigkeit unserer Armee?»

Die zweite Serie (ASMZ Nr. 5, 6 und 7/2008) dieser Rubrik beschäftigt sich mit dem Thema «Steuern die Finanzen die Verteidigungsfähigkeit unserer Armee?». Die Nähe zur ersten Serie mit dem Thema des schleichenden Abbaus der Verteidigungsfähigkeit ist offensichtlich: Dem sinkenden Budget folge eine sinkende Verteidigungsfähigkeit. Das Thema dieser Serie hat allerdings mindestens zwei Komponenten: Einerseits die Frage, ob das denn tatsächlich so ist und andererseits die Frage, ob das auch wirklich so sein soll. Wer beide Fragen mit einem klaren «Ja» beantwortet, für den dürfte unsere Militärpolitik als Teilbereich einer umfassenden Sicherheitspolitik wohl bestens aufgegleist sein. Wer mindestens eine der Komponenten bezweifelt, der ist eingeladen, seine Kritik zu begründen und Alternativen vorzubringen. Damit wiederum ergibt sich ein dritter Aspekt des Themas: Was sind die Alternativen zur Steuerung der Verteidigungsfähigkeit über die Finanzen und wie ist deren Wirksamkeit zu beurteilen? In dieser Ausgabe wird Dr. Markus Seiler, Generalsekretär VBS, seinen Standpunkt darlegen. In der ASMZ Nr. 6/2008 wird Nationalrat Dr. Hans Widmer als Mitglied der SiK zum Thema Stellung nehmen. In der Ausgabe 7/2008 wird das gemeinsam mit den beiden Autoren geführte Gespräch veröffentlicht. Seien Sie gespannt, liebe Leserin und lieber Leser.

Markus Seiler*

Das Recht auf faire Aufträge

1. Bleibende Aufträge, sinkende Mittel

Mit der Volksabstimmung über das revidierte Militärgesetz hat sich die Schweiz im Mai 2003 eine gegenüber früher kleinere, aber immer noch starke, flexible und in weiten Teilen auch moderne Armee gegeben. Eine Armee, die weiterhin auf den bewährten Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht, der Miliz und der Neutralität aufbaut. Eine Armee schliesslich, welche den Auftrag hat, das Land und seine Bewohner zu verteidigen, die zivilen Behörden bei Katastrophen und Notlagen zu unterstützen und einen Beitrag im Rahmen der internationalen Friedensförderung zu leisten.

Diese Armee, so wurde 2001 berechnet, sollte jährlich 4,3 Milliarden Franken kosten.

Heute, 2008, verfügt die Armee über deutlich weniger als 4 Milliarden Franken. Die Aufträge sind dieselben. Das

heisst, der faktische Treiber für die Entwicklung der Armee war in den letzten Jahren nicht die sicherheitspolitische Diskussion, sondern die reale Finanzpolitik.

Noch deutlicher zeigt sich dies auf der Zeitachse 1990–2008: Die Aufwendungen des Bundes für die Armee betragen im Jahre 1990 rund 6 Milliarden Franken. 2007 waren es noch 3,7 Milliarden. Für

die gesamte Landesverteidigung gab der Bund noch 4,25 Milliarden aus. Wollte man die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten der Landesverteidigung erheben, müssten indirekte Kosten mit einberechnet werden, die etwa dadurch entstehen, dass Wehrmänner für die Zeit ihrer Dienstleistungen der Wirtschaft entzogen werden. Doch auch so ergeben sich beeindruckende Summen, welche die Aufmerksamkeit der Finanzpolitik auf sich ziehen.

2. Fatale Anreize, die Landesverteidigung zu vernachlässigen

Viel schwieriger hingegen ist es, den Nutzen der Landesverteidigung zu quantifizieren. Das gilt bereits in Friedenszeiten: Wie soll der Nutzen einer verhinderten Neutralitätsverletzung durch erfolgreichen Luftpolizeidienst in Franken ausgewiesen werden? Was ist eine sichere Durchführung des WEF wert, was ein verhindertes Terroranschlag? Mit Blick auf kriegerische Auseinandersetzungen wird es noch anspruchsvoller: Wieviel Wert ist verhinderte Verwüstung durch das Einwirken von Gewalt strategischen Ausmasses auf die Schweiz, z.B. durch einen Krieg?

Abgewendete Zerstörungen, gerettete Menschenleben, das Vermitteln von Sicherheit und das Garantieren von Handlungsfähigkeit: Der Nutzen ist unbestritten immens hoch, doch kaum zu quantifizieren. Also fokussieren alle auf die Kostenfrage. Mit fatalen Folgen.



* Hptm (Fachof)
Markus Seiler
Dr. rer. publ. HSG
Generalsekretär
Eidg. Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bern

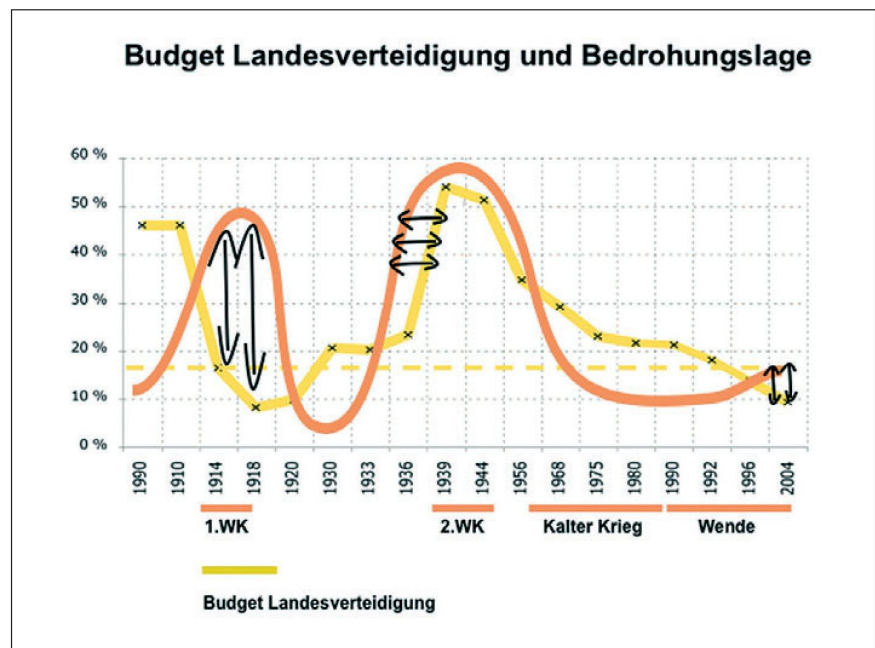


Abb. 1: Das Budget der Landesverteidigung in Abhängigkeit von der Bedrohungslage.

Weil – zum Glück! – das Risiko eines Eintretens solcher Ereignisse sehr klein ist, hat, wer heute auf dem Buckel der Armee spart, gute Chancen, dass er in naher Zukunft nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Anders gesagt: Es besteht ein fataler, falscher Anreiz, mit kurzfristiger Optik, auf Kosten der langfristigen Garantie von Sicherheit zu sparen.

Diese Tendenz wird noch verstärkt, indem ein grosser Teil der Ausgaben für die Armee nicht gesetzlich gebunden ist. Es kann somit einfacher, zum Beispiel bei den Investitionen in neue Systeme der Armee gespart werden, als wenn in anderen Politikbereichen zuerst Gesetze angepasst werden müssen. Die Folgen zeigen sich auch hier erst langfristig, dafür umso brutaler: Es findet eine schleichende Aushöhlung der Armee statt. Je geringer die Mittel, desto grösser die Lücken im Leistungsprofil, gemessen an den ursprünglichen Erwartungen.

3. Was uns die Geschichte lehrt

Die Sicherheitspolitik ist ein steter Wechsel von Perioden der Anstrengung und der Lockerung. Der Souverän tendiert dazu, in vermeintlich ruhigen Phasen den Aufwand zu minimieren – Friedensdividende – und in vermeintlich gefährlichen Phasen, Vorwürfe zu erheben an jene, die nicht genügend vorausgedacht und vorgesorgt haben. Die kurze Zeit, in der das Versäumte in Eile nachgeholt wird, reicht selten, so zeigt die Geschichte eindrucklich, um umfassend bereit zu sein.

4. Es geht um faire Aufträge

Jedes Land unterliegt Bedrohungen vielfältigster Art. In der Schweiz wurden diese im sicherheitspolitischen Bericht 2000 umschrieben und seither stets über-

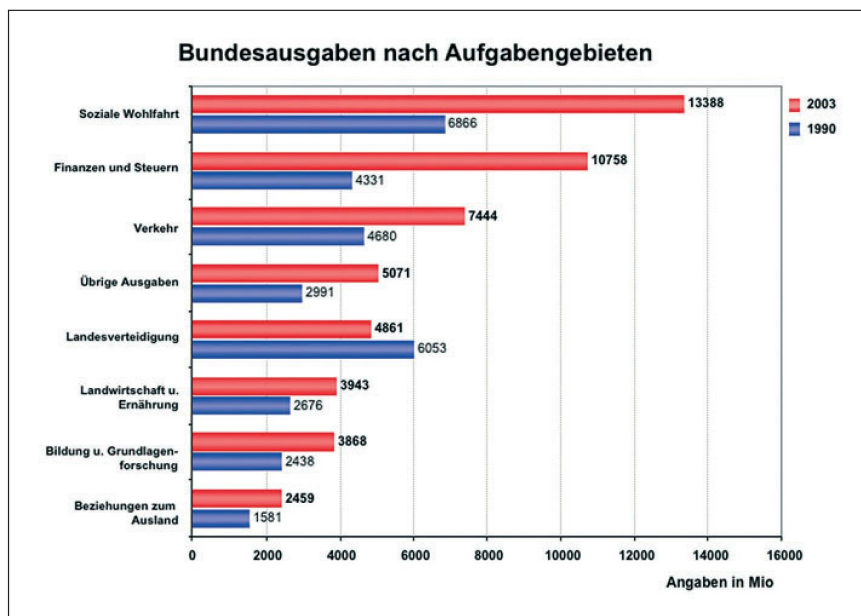


Abb. 2: Bundesausgaben nach Aufgabengebieten.

prüft und auf die neuen Gegebenheiten ausgerichtet. Der Entwicklungsschritt 08/11 trägt diesen Veränderungen Rechnung. Wir können also davon ausgehen, dass uns die Bedrohungslage im Detail bekannt ist und dass die Leistungen der Armee entsprechend auf diese ausgerichtet werden können.

Demnach hat die Armee auch ihre Ausrüstung, ihre Ausbildung und ihre Dienste im In- und Ausland auf die nachgefragten Leistungen und politischen Forderungen auszurichten. Dies hat einen entsprechenden Finanzierungsbedarf zur Folge.

Es gibt kein Recht der Armee auf einen gewissen Anteil der Mittel am Bundeshaushalt oder auf einen gewissen Milliardenbetrag, auf eine bestimmte Menge Geld.

Aber es ist nötig, dass soviel Mittel bereitgestellt werden, dass die Aufträge glaubwürdig erfüllt werden können. Es

geht darum, Aufträge und Mittel in Einklang zu bringen.

Dafür muss Verantwortung übernommen werden. Die Akteure in der Sicherheitspolitik müssen diesen Prozess aktiv führen und entscheiden. Er darf nicht von den Finanzen bestimmt und von der Sicherheitspolitik hingenommen werden.

Ich schreibe nicht gegen die berechtigte Forderung nach einem ausgeglichenen und stabilen Finanzhaushalt. Aber ebenso unbestritten ist die Erwartung gerade einer Milizarmee, über die notwendigen Mittel und Instrumente zu verfügen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufträge benötigt. Nur wenn hier ein Gleichgewicht herrscht, kann von fairen Aufträgen gesprochen werden. Von Aufträgen, die in Kenntnis der Bedrohungslage politisch umschrieben und als Vorgabe definiert wurden. Von Aufträgen, die bezüglich Ausbildung, Material und Personal finanziert sind und die die Armee effektiv leisten kann. ■

Wirtschafts-Notizen

Sofortrüstung für UNIFIL-Einsatz

Rheinmetall: MASS-Schutzsystem auf deutschen Minenjäger

Rheinmetall Defence ist mit der Lieferung von MASS-Marineschutzsystemen (MASS: Multi Ammunition Softkill System) für zwei Minenkampf-Einheiten der Deutschen Marine beauftragt worden. Aufgrund einer einsatzbedingten Soforteinrüstung sollen jeweils ein Schiff der Klasse MJ 333 und HL 352 bis Mai 2008 mit einer MASS-Zwei-Werfer-Konfiguration mit integrierter Detektionseinheit ausgerüstet werden. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf insgesamt rund 10 Mio. Euro. Bereits in 2007 hatte das Bundesministerium der Verteidigung mit Blick auf den Libanon-Einsatz der deutschen Marine

die Soforteinrüstung von vier Fregatten der Klasse F123 aufgrund der erfolgreichen Wirksamkeitstests auf See veranlasst.

Überragende Schutzwirkung mit MASS

Lenkflugkörper und Raketen sind eine zunehmende Bedrohung für die zivile und die militärische Schifffahrt. MASS schützt Schiffe bei Angriffen moderner, sensorgelenkter Flugkörper auf hoher See, im Küstenbereich und bei terroristischen Attacken. MASS verschießt dabei Täuschmunition, die die Flugkörper vom Ziel ablenken.



Rheinmetall AG
Unternehmensbereich
Defence

Presse und Information
Oliver Hoffmann
Rheinmetall Platz 1
D-40476 Düsseldorf

Telefon: 0211 473-4748
Telefax: 0211 473-4157